

Urszula Pękala

Versöhnung für Europa

Souveränitätsansprüche des katholischen Episkopats Polens im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg

Zwei Jahre vor dem EU-Beitritt Polens veröffentlichte das polnische katholische Episkopat einen Hirtenbrief zum Thema der europäischen Integration, in dem sich die folgende Passage befindet:

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Einbindung [Polens] in die europäischen Strukturen nicht den Verzicht auf nationale, politische und kulturelle Souveränität bedeuten kann, wozu auch die religiöse Identität gehört. Das bedeutet aber auch die Respektierung der Identität anderer Völker, und daraus ergibt sich das Recht, über die Gestalt des künftigen Europa mitzuentcheiden¹.

Die Formulierung »kulturelle Souveränität« erscheint nur einmal in den bischöflichen Dokumenten, doch mit dem dahinter stehenden Verständnis von Souveränität in Bezug auf die Stellung Polens in Europa schrieben sich die Bischöfe in einen Diskurs ein, der für das polnische Episkopat nicht neu war. Im Jahr 1965 hatten die Bischöfe die offizielle Geschichtsschreibung der kommunistischen Regierung Polens sowie ihre internationale Politik mit einem Versöhnungsbrief an die deutschen Bischöfe herausgefordert. Der Brief lief nicht nur den Verhältnissen zuwider, die die Volksrepublik Polen jeweils zur DDR und zur BRD aufgebaut hatte, sondern gründete in einem Verständnis von Europa und der Rolle Polens in Europa, welches die Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion in Frage stellte. Mit ihrem Engagement für die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen griff eine kirchliche Instanz in den Bereich der Außenpolitik ein.

Selbstverständlich ist Versöhnung nicht die einzige gesellschaftlich-politische Angelegenheit, in der Bischöfe das Wort ergriffen und bis heute ergreifen. Hierzu gehören auch beispielsweise Fragen der Bewahrung des Friedens, auch im globalen Kontext, des Umweltschutzes, der freien Wirtschaft und sozialen Gerechtigkeit sowie der Bioethik. In allen diesen

1 Die polnischen Bischöfe zu Fragen der europäischen Integration, Warschau, den 21.03.2002. Dokument auf der Webseite der Polnischen Bischofskonferenz, URL: <<http://episkopat.pl/die-polnischen-bischofe-zu-fragen-der-europaischen-integration/>> (20.07.2016), Pkt. 6.

Bereichen erheben die Bischöfe (nicht nur die polnischen) einen Anspruch darauf, dass ihre Stellungnahmen als Kirchenvertreter in der Öffentlichkeit wahrgenommen und respektiert werden. Die Versöhnung stellt allerdings einen besonders interessanten Untersuchungsfall dar. Bei der deutsch-polnischen Versöhnung handelte es sich nämlich um einen Prozess, in dem sich Raum für diverse Ansprüche und Erscheinungsformen von Souveränität eröffnete. Dieser Versöhnungsprozess entfaltete sich an der Schnittstelle von religiöser und politischer Sphäre, wobei die Grenze zwischen beiden verschwamm. Schließlich ging es um die Anwendung einer theologisch begründeten Idee auf den politischen Sachverhalt schwer belasteter internationaler Beziehungen. Im Versöhnungsprozess lässt sich eine Selbstbehauptung des Episkopats von seiner eigenen Rolle in der Kirche, von der Rolle der Kirche im Staat in einem spezifischen Kontext und schließlich vom Platz Polens in Europa erkennen. Die Ansprüche der polnischen Bischöfe zielten darauf ab, als kirchliche Akteure und aus einer explizit religiösen Motivation heraus Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ihre Beteiligung am Versöhnungsprozess resultierte aus der Überzeugung, dass Christen berufen sind, im Sinne des Evangeliums in allen Lebensbereichen, also auch in der Politik, zu handeln. An wen sie ihre Ansprüche richteten, stand im engen Zusammenhang mit der politischen Situation Polens und mit den konkreten Handlungsmöglichkeiten der Kirche im öffentlichen Raum. Hauptsächlich handelte es sich hier um zwei Adressaten dieser Ansprüche: die kommunistische Regierung Polens (bis 1989) und Europa (sowohl vor 1989 als auch danach). »Europa« stand dabei für den europäischen Kulturraum und für eine Völkergemeinschaft. Unter den wechselnden politischen Bedingungen entstanden sich überlagernde Konstellationen in der Selbstbehauptung polnischer Bischöfe zugleich als kirchliche Oberhirten, ethnische Polen, polnische Staatsbürger und Europäer. Dabei zeigt sich eine Dynamik von Wandel und Kontinuität: Die Ansprüche der Bischöfe stellen sich als eine Reaktion auf konkrete, wechselnde politische Umstände dar, gleichzeitig aber lassen sie ihre konsequente Vorstellung vom Platz Polens in Europa und von der Rolle der Kirche in der Gesellschaft erkennen.

Dieser Beitrag unternimmt den Versuch, die Selbstbehauptung des polnischen Episkopats in Bezug auf Polen als Volk und als Staat sowie auf Europa mit dem Konzept der kulturellen Souveränität zu erfassen. Dies soll exemplarisch am Fall der Versöhnung mit den Deutschen geschehen. Das Anliegen des Beitrags ist es dabei nicht, den deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses seit 1965 chronologisch zu rekonstruieren, sondern die Souveränitätsansprüche des Episkopats systematisch zu untersuchen. Im Mittelpunkt stehen also ausgewählte Aussagen des Episkopats, die in ihrem breiteren historischen Kontext analysiert werden. Der Beitrag gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil wird das Verständnis von Souveränität in den

bischöflichen Hirtenbriefen von 2002 und 2004, die sich mit der Thematik der europäischen Integration und des EU-Beitritts Polens befassen, vor dem historischen Hintergrund, auf den sich die Bischöfe selbst beriefen, geschildert. Im zweiten Teil wird, auf denselben Dokumenten basierend, die Selbstbehauptung der Bischöfe bezogen auf die Kirche, Polen und Europa nachgezeichnet². Im dritten Teil werden die in den Dokumenten zur Versöhnung von 1965 bis zur Gegenwart ausgedrückten Souveränitätsansprüche der Bischöfe dargestellt, bei denen Europa als Bezugspunkt in den Fokus rückte. Dabei geht es nicht nur um die Frage, welche Bedeutung der deutsch-polnische Versöhnungsprozess für die europäische Integration hatte, sondern vor allem darum, wie sich der europäische Kontext auf diesen Versöhnungsprozess auswirkte. Grundlage der Analyse bilden der als Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung geltende Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965³, die gemeinsamen Erklärungen der beiden Episkopate anlässlich des 30. und 40. Jahrestages des Briefwechsels der Bischöfe von 1965⁴ und des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs⁵. Hirtenbriefe und Erklärungen des Episkopats sind Dokumente mit pastoralem Charakter: Sie beinhalten offizielle Stellungnahmen der Kirche in Bezug auf aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft oder einen Aufruf zum Handeln; manchmal vollziehen sie eine Geste, die als paradigmatisch gelten soll (wie beispielsweise im Falle der drei Erklärungen oder des Briefes von 1965), sie dienen aber nicht einer vertieften theoretischen Reflexion. Deswegen definierten die Bischöfe in den genannten Dokumenten weder, was Kultur, Souveränität oder Identität bedeutet, noch bestimmten sie inhaltlich Verhältnisse zwischen diesen Begriffen; vielmehr basierten ihre Äußerungen auf

-
- 2 *Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej*, Warszawa, dnia 18 marca 2004 r. Dokument auf der Webseite der Polnischen Bischofskonferenz, URL: <<http://episkopat.pl/slowo-biskupow-polskich-z-okazji-przyjecia-polski-do-unii-europejskiej/>> (20.07.2016); Die polnischen Bischöfe zu Fragen der europäischen Integration [vollständige Angaben in Anmerkung 1].
 - 3 Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höfner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 76–87.
 - 4 Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 30. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (13.12.1995), in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Lange Wege – Dokumente zur Versöhnungsarbeit der Katholischen Kirche in Deutschland, Bonn 2009, S. 125–138 [weiterhin: Erklärung 1995]; Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (21.09.2005), in: Lange Wege, S. 139–143 [weiterhin: Erklärung 2005].
 - 5 Erklärung aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 01.09.1939 (25.08.2009), in: Biuro Prasowe Episkopatu Polski (Hg.), Akta Konferencji Episkopatu Polski 16 (2009), Warschau 2009, S. 16–19 [weiterhin: Erklärung 2009].

einem allgemeinen Verständnis der verwendeten Begriffe. Im vierten Teil folgt daher schließlich eine Erfassung der Zusammenhänge zwischen kultureller Souveränität als heuristischem Begriff und der deutsch-polnischen Versöhnung, wobei hier der vorhin geschilderte europäische Kontext eine entscheidende Rolle spielt.

1. Souveränität in den Dokumenten der Bischöfe

Ich gehe erneut auf die anfangs zitierten zwei Sätze aus dem Hirtenbrief der Polnischen Bischofskonferenz von 2002 zum Thema der Integration Polens in die EU-Strukturen ein und platziere sie hier im Kontext einer längeren Passage:

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Einbindung [Polens] in die europäischen Strukturen nicht den Verzicht auf nationale, politische und kulturelle Souveränität bedeuten kann, wozu auch die religiöse Identität gehört. Das bedeutet aber auch die Respektierung der Identität anderer Völker, und daraus ergibt sich das Recht, über die Gestalt des künftigen Europa mitzuentcheiden. Im Gefühl der Verantwortung für das jahrhundertealte geistige, nationale Erbe wollen die Hirten der Kirche in Polen, bei voller Achtung des in Europa bestehenden weltanschaulichen Pluralismus, eine neue Anstrengung unternehmen, um die reiche kulturelle, religiöse und geistige »Mitgift« unseres Volkes zu bewahren, zu vertiefen und ins neue Jahrtausend zu tragen. Es ist ein Reichtum, den wir mit anderen Völkern unseres Kontinents teilen und gleichzeitig offen sein wollen für den Reichtum des geistigen Erbes anderer Nationen. Denn Reichtum in Europa ist die sich gegenseitig ergänzende Tradition von Ost und West. Wir brauchen einander, damit sich Europa entwickeln und mit beiden Lungen atmen kann⁶.

Die Bischöfe erläuterten in ihrem Hirtenbrief die Unterscheidung in nationale, politische und kulturelle Souveränität nicht. Der Akzent lag auf dem kulturellen bzw. geistigen Reichtum Europas; Europa wurde somit als eine kulturelle Größe aufgefasst. Souveränität bedeutete somit nicht nur Handlungsfähigkeit des Staates nach außen, sondern auch, dass Polen mit seiner eigenen kulturellen und religiösen Identität als Mitglied der europäischen Gemeinschaft akzeptiert und sein Beitrag für Europa als osteuropäischer Staat als dem Beitrag westeuropäischer Länder ebenbürtig gewürdigt werden sollte. Die Bischöfe wollten hier nicht den Unterschied zwischen dem Osten und Westen Europas aufheben, sondern beides als eine Einheit in der Vielfalt betrachten. Der Brief wurde – parallel zu der polnischen Fassung – auf

6 Die polnischen Bischöfe zu Fragen der europäischen Integration, Pkt. 6.

Deutsch, Englisch und Italienisch veröffentlicht. Somit stellte er ein Statement an die europäische Öffentlichkeit dar, vor der die Bischöfe den gleichberechtigten Platz Polens in der EU betonten.

Zur Souveränität äußerten sich die Bischöfe auch zwei Jahre später im Hirtenbrief anlässlich des kurz bevorstehenden EU-Beitritts Polens, in dem sie Themen aus dem Hirtenbrief von 2002 aufgriffen. Die Schlüsselpassage des Briefes von 2004 hierzu lautete:

Wir stehen vor einer Wirklichkeit, die eine einmalige Chance für unser Volk schafft, gleichzeitig aber auch neue Herausforderungen und Gefahren bringt. Viele fürchten, dass wir unsere Identität und Unabhängigkeit verlieren. Die nationale Identität besteht in der Kultur fort und drückt sich durch die Kultur aus, darunter auch durch moralische und religiöse Werte. Die vergangene Erfahrung von den Teilungen, von der Besetzung während des Zweiten Weltkriegs und vom Kommunismus belegen vielsagend, dass wir fähig waren, unter den unvergleichbar schwierigeren Bedingungen fortzubestehen und uns als Nation zu entwickeln. Heute hat Souveränität eine andere Bedeutung. Staaten, wenn sie sich für eine teilweise Übertragung ihrer Berechtigungen auf die Institutionen der Europäischen Union entscheiden, erhalten im Gegenzug Anteil und Recht der Mitentscheidung nicht nur über das Schicksal des eigenen Landes, sondern auch anderer europäischen Länder. Daraus ergibt sich auch das Recht, das geistige Antlitz Europas mitzugestalten⁷.

In dieser Passage kommt Souveränität zwei Mal vor – wörtlich und mit dem hier als Synonym zu verstehenden Wort »Unabhängigkeit« ausgedrückt⁸. Ähnlich wie in dem oben angeführten Zitat nannten die Bischöfe auch hier die Souveränität in einem Atemzug mit der nationalen Identität. In ihrer Auffassung waren also »Souveränität« und »Identität« korrelierende Begriffe. Die nationale Identität wurde wiederum mit der Kultur verbunden, wobei die Kultur hier als Träger und Ausdruckform der nationalen Identität fungierte; zur Kultur zählten somit auch moralische und religiöse Werte. Die Bischöfe betrachteten Polen als eine katholische Nation und machten dies zur Grundlage ihres Anspruchs, als Vertreter Polens aufzutreten. Dieser richtete sich einerseits implizit an andere europäische Staaten, die Polen als einen vollgültigen Bestandteil Europas anerkennen sollten. Andererseits richtete sich

7 Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej, Pkt. 1 [Übers. aus dem Polnischen – U.P.].

8 Im polnischen Original steht an dieser Stelle das Wort »niezawisłość«. Obwohl es im Deutschen mit »Unabhängigkeit« wiedergegeben wird, hebt es einen konkreten Teilaspekt der Unabhängigkeit hervor: Das Wort »niezawisłość« wird im Polnischen in Bezug auf Unabhängigkeit eines Staates oder des Gerichtswesens gebraucht und bedeutet Freiheit von externen Einflüssen oder Herrschaft. In diesem Sinne korrespondiert dieses Wort mit Souveränität und so wird es auch in dem Hirtenbrief austauschbar mit Souveränität (poln. suwerenność) verwendet.

der Anspruch an »Europaskeptiker« unter den polnischen Katholiken, die einen neuen Verlust der Souveränität durch Polen infolge der Integration in die EU-Strukturen fürchteten. Konnte also Polen mit dem EU-Beitritt seine Souveränität tatsächlich verlieren? Die »Europaskeptiker« befürchteten, dies könnte in zweifacher Form geschehen: Zum einen würde Polen erneut von einem politischen Block, nämlich der EU, abhängig werden – wie einst vom Ostblock –, zum anderen würden sich auch die religiösen und kulturellen Grundlagen der polnischen Gesellschaft unter dem Einfluss des westeuropäischen Säkularismus auflösen. Gegenüber den Skeptikern argumentierten die Bischöfe, dass die kulturelle und politische Unabhängigkeit Polens in der aktuellen geopolitischen Situation als gesichert anzusehen sei. Ihre Argumentation untermauerten sie im Hirtenbrief mit einem Zitat aus der Predigt des Papstes Johannes Paul II. in Warschau während seiner Polenreise 1999:

Die Integration Polens in die Europäische Union wird von Anfang an vom Heiligen Stuhl unterstützt. Die geschichtliche Erfahrung, die das polnische Volk besitzt, sein geistiger und kultureller Reichtum, können wirksam zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beitragen⁹.

Der Hirtenbrief knüpfte an drei Erfahrungen aus der Vergangenheit an, als Polen seine volle staatliche Souveränität verlor. Diese waren gleichzeitig mit unterschiedlichen Formen von Unterdrückung polnischer Kultur verbunden. Somit wurde durch den Bezug auf Erfahrungen deutlich gemacht, dass der Wegfall des unabhängigen Staates eine Herausforderung für das Bestehen der Kultur darstellte. In diesem Kontext übernahm die katholische Kirche eine über die ihrer Natur angemessene Verkündigung des Evangeliums und die Seelsorge hinausgehende Rolle. Diese Rolle der Kirche brachte der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz Josef Homeyer in einem internen Bericht an das deutsche Episkopat von 1977 auf den Punkt:

Bischöfe und Priester sind seit Jahrhunderten die Verteidiger nicht nur des Glaubens, sondern auch der Menschenrechte, der Freiheit, Sprache und Kultur des polnischen Volkes gewesen. Besonders in den letzten 200 Jahren ist Polen fast ständig bedrückt, zerteilt, liquidiert worden. 120 Jahre lang bildete Polen keinen eigenen Staat. Das Land war von Rußland, Preußen, Österreich aufgeteilt. Die Kirche war in dieser Zeit die Verteidigerin der Rechte des polnischen Volkes. Ihr verdankt Polen das völkische und kulturelle Überleben¹⁰.

9 Johannes Paul II., Predigt in Warschau am 11.06.1999, zitiert in: *Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej*, Pkt. 1 [Übers. aus dem Polnischen – U.P.].

10 Polenreise des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, vom 23. bis 27.04.1977, unter Begleitung des Sekretärs der Bischofskonferenz. Zusammenfassender Bericht, Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Best. 45,4 NL Volk Nr. 36.

Als erste der drei historischen Erfahrungen erwähnte also das polnische Episkopat in seinem Hirtenbrief die Teilungen Polens, wovon nicht nur die politische, sondern auch die Souveränität über kulturelle Angelegenheiten betroffen war. Die vor allem im preußischen und russischen Teil ergriffenen Germanisierungs- und Russifizierungsmaßnahmen waren gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit und im Schulwesen, gegen Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, von denen viele ins Exil gingen, und nicht zuletzt gegen Institutionen der katholischen Kirche gerichtet. Wo der unabhängige polnische Staat nicht mehr bestand, wurden die Konfession und die Sprache zu den hauptsächlichen Trägern der nationalen Identität. Eine wichtige Rolle in der Erhaltung der Sprache und der nationalen Identität kam den traditionellen Frömmigkeitsformen zu, verbunden mit dem liturgischen Jahr, einschließlich des polnischen Kirchenliederguts. Sofern die Zensur es zuließ, veröffentlichte die Kirche auch Zeitschriften und Bücher zu Themen der Religion, Kultur und Geschichte.

Den zweiten historischen Bezugspunkt des Hirtenbriefes bildete die NS-deutsche Besetzung Polens während des Zweiten Weltkriegs. Die Besetzung bedeutete nicht nur die Beeinträchtigung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, sondern auch einen in der NS-Ideologie begründeten Angriff auf die polnische Kultur in ihrer nationalen, religiösen und materiellen Dimension. Somit stellte, neben der Schoah, der gegen die nicht-jüdische Bevölkerung ausgerichtete NS-Terror eins der Hauptgeschehen der deutschen Besetzung auf polnischem Boden dar¹¹. Der NS-Terror basierte auf einer »Entkulturalisierung« der Polen, in der man zwei Dimensionen unterscheiden kann, einerseits die ideologische Umdeutung Polens zu einem Reservoir von Zwangsarbeitern und Rohstoffen¹² und andererseits die physische Vernichtung von Infrastruktur, Kultur und Bildungseinrichtungen¹³.

Auch die katholische Kirche in Polen war von schweren materiellen Zerstörungen und menschlichen Verlusten betroffen. Kirchliche Vereine und Presse wurden aufgelöst. Die Seelsorge in Gefängnissen und Konzentrationslagern war streng verboten. Von ca. 10.500 katholischen Geistlichen, die im

11 Zu den Bedingungen der deutschen Besetzung in Osteuropa vgl. z.B. Stephan LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010, bes. S. 312; Jochen BÖHLER/Stephan LEHNSTAEDT (Hg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945*, Osnabrück 2012.

12 Vgl. Tadeusz JANICKI, *Raub von Eigentum*, in: Jerzy KOCHANOWSKI/Beate KOSMALA (Hg.), *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, Potsdam 2009, S. 304f.; Mariusz MUSZYŃSKI u.a. (Hg.), *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939–1945 = Reports on Poland's wartime losses and damage in the years 1939–1945 = Bericht über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939–1945*, Warschau 2007.

13 Vgl. z.B. Hans-Christian HARTEN, *De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945*, Frankfurt a.M. 1996.

Jahr 1939 in Polen arbeiteten, wurden über 2500 (darunter fünf Bischöfe) ermordet¹⁴. Das Vorgehen der Besatzer gegen die Kirche erfolgte aus der zutreffenden Einschätzung, diese sei eine wesentliche Trägerin der polnischen Kultur – von der Aufbewahrung der Kunstschatze, über Betreuung lebendiger Wissenschaftszentren bis hin zu der relevanten Rolle der Kirche im Bildungs- und Erziehungswesen. Auch unter diesen extremen Bedingungen entwickelte die Kirche unterschiedliche Formen von Widerstand. Diese reichten von geheimer Seelsorge für Gefangene über Hilfe für Juden bis hin zur Organisation konspirativer gymnasialer und universitärer Lehrgänge oder kultureller Veranstaltungen in kirchlichen Räumen.

Den dritten historischen Bezugspunkt des hier besprochenen Hirtenbriefes von 2004 stellte die Zeit des Kommunismus dar. Diese bedeutete für Polen in mehrfacher Hinsicht eine Beeinträchtigung der Souveränität, allerdings nicht so weitgehend, wie in der Periode der Teilungen oder während der NS-deutschen Besatzung. Die Beeinträchtigung der Souveränität bestand in der starken, durch Gewaltandrohung gestützten politischen Abhängigkeit von der Sowjetunion¹⁵. Die polnische nationale Identität als solche wurde in diesem Fall nicht angegriffen, allerdings nutzte die kommunistische Propaganda das Nationaldenken für eigene Zwecke. Dabei wurde, vor allem in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten, der Antagonismus gegenüber den Deutschen erhitzt, was zur Begründung des Bündnisses mit der Sowjetunion als dem einzigen sicheren Schutz vor dem vermeintlichen westdeutschen Militarismus und Grenzrevisionismus dienen sollte. Die Kultur im Bereich der Kunst und Literatur spaltete sich hauptsächlich in zwei Strömungen: eine regimetreue bzw. von der Regierung instrumentalisierte und eine regimemkritische, die aus der offiziellen Öffentlichkeit verbannt wurde. Das wissenschaftliche Schaffen und die Bildungsinhalte unterlagen ebenfalls staatlicher Kontrolle. Diese Verhältnisse bestanden bis zur Wende im Jahr 1989, selbst wenn nach der Beendigung der Phase des Stalinismus (1945–1956) die Kontrollmaßnahmen nachgelassen hatten.

Die katholische Kirche erfuhr während des Stalinismus regelrechte Verfolgung seitens des Regimes (einschließlich der Inhaftierung des Primas Kardinal Stefan Wyszyński für drei Jahre). Später erlangte sie mehr Freiraum, dies war allerdings keine Religionsfreiheit. Bis 1989 wurden gegen die Kirche als Institution und gegen ihre einzelnen Vertreter Repressalien

14 Konrad BIAŁECKI, Kirchen in Polen während der Besatzungszeit, in: KOCHANOWSKI/KOSMALA (Hg.), *Deutschland, Polen*, S. 261–263; Emilia HRABOVEC, Der Katholizismus in Ostmitteleuropa und der Zweite Weltkrieg, in: Karl-Joseph HUMMEL/Christoph KÖSTERS (Hg.), *Kirchen im Krieg. Europa 1939–1945*, Paderborn 2007, S. 155–200, hier S. 184–189; MUSZYŃSKI u.a. (Hg.), *Sprawozdanie*, S. 163.

15 Vgl. James J. SHEEHAN, The Problem of Sovereignty in European History, in: AHR 111 (2006), H. 1, S. 1–15, hier S. 13.

angewendet. Eine Sonderabteilung des Staatsicherheitsdienstes versuchte, nicht nur Kirchenmitglieder, die im politischen oder gesellschaftlichen Bereich aktiv waren, sondern auch innerkirchliche Angelegenheiten zu überwachen. Trotz dieser Maßnahmen bot die Kirche einen Raum für freies Denken in Opposition zur kommunistischen Ideologie. Eine wichtige Rolle kam dabei den katholischen Laien zu, versammelt in den Klubs der Katholischen Intellektuellen, um die Zeitschriften »Znak« [Zeichen], »Tygodnik Powszechny« [Allgemeine Wochenzeitung] und »Więź« [Bindung]. Einige Vertreter dieser Kreise übernahmen nach der Wende von 1989 wichtige politische Funktionen, wie beispielsweise Tadeusz Mazowiecki, der erste nicht-kommunistische Premierminister Polens. Nicht zuletzt unterstützte die Kirche in den 1980er Jahren die Solidarność-Bewegung.

Der hier skizzierte historische Hintergrund, auf den sich die Bischöfe in ihren Dokumenten aus den 2000er Jahren bezogen, betrifft vornehmlich ihr in den Erfahrungen der Vergangenheit begründetes Verständnis von Souveränität. Die Bischöfe wiesen allerdings auch auf einen neuen Kontext hin, der an die vergangenen Erfahrungen anknüpfte, gleichzeitig aber einen Wandel im Verständnis von Souveränität mit sich brachte: Es gäbe nämlich ein Souveränitätsverständnis, das mit der Situation des demokratischen Polens im Jahr 2004 korrespondiere, was in dem Hirtenbrief mit dem Satz eingeleitet wurde: »Heute hat Souveränität eine andere Bedeutung«¹⁶. Den unmittelbaren Kontext für dieses Souveränitätsverständnis bot der bevorstehende EU-Beitritt. Hier kam es zu einer Akzentverschiebung vom Bewahren der eigenen Souveränität auf Souveränität im Sinne des Mitentscheidens: Die Mitgliedsstaaten übertrügen teilweise ihre Rechte auf EU-Institutionen; im Gegenzug werde ihnen das Recht gewährt, nicht nur über das eigene Land, sondern auch über die ganze Gemeinschaft der Länder mitzuentcheiden. Die EU ist eben eine eigene Art von Souveränitätsgebilde, das sich durch Supranationalität auszeichnet. Wie es aus dem zitierten Hirtenbrief von 2002 ersichtlich wird, bedeutet das Mitentscheiden auch ein Mitgestalten, das auf dem gegenseitigen Respekt der Gemeinschaftsmitglieder für ihre Vielfalt gründet.

Zusammenfassend lässt sich im Verständnis von Souveränität, das die polnischen Bischöfe in ihren zwei Hirtenbriefen zur Integration Polens in die europäischen Strukturen ausdrückten, eine Überzeugung vom tiefen Zusammenhang zwischen der politischen Unabhängigkeit einerseits und dem Fortbestehen der nationalen Identität und der Kultur andererseits feststellen. Die Souveränität wurde angesichts von zweierlei Entwicklungen beansprucht. Zum einen geschah dies angesichts der Unterdrückung, die eine Besatzung und ein repressives, totalitäres System mit sich brachten. Im ersteren Fall

16 Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej, Pkt. 1.

bedeutete dies eine offensive Negation der Souveränität Polens – besonders in kultureller Hinsicht, im letzteren eine Beeinträchtigung der Souveränität durch totalitäre Ideologie, die gewisse Aspekte der Kultur komplett ausschalten, andere aber nach eigenen Vorgaben umzuformen versuchte. Zum anderen wurde die Souveränität angesichts der Vielfalt innerhalb der EU betont. Hier handelte es sich um eine Befürchtung, die Vielfalt könnte sich zu einer chaotischen »Vermischung« entwickeln, in der die charakteristischen Grundzüge der Beteiligten verschwänden. Somit würde die Souveränität zwar nicht direkt angegriffen, wäre aber doch durch eine Art Diffusion innerhalb der Vielfalt bedroht.

In der Auffassung der Bischöfe besaß Souveränität immer auch eine *kulturelle* Dimension jenseits des staatlich-politischen Verständnisses. Kulturelle Souveränität als analytische Kategorie lässt uns dies erkennen. Der folgende Abschnitt untersucht in diesem Sinne die teils widerstreitenden Ansprüche auf Handlungs- und Deutungskompetenz.

2. Selbstbehauptung des polnischen Episkopats zwischen Kirche, Polen und Europa

Wenn katholische Bischöfe, zu politisch und gesellschaftlich relevanten Themen Stellung nahmen, traten sie gleichzeitig in mehreren Rollen auf: als Katholiken und Oberhirten der Kirche, als Akteure in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit, als Angehörige einer konkreten Nation und schließlich als Staatsbürger. All diese Rollen waren – eng miteinander verflochten – sowohl in der Haltung des polnischen Episkopats bezüglich der politischen Fragen als auch im Versöhnungsprozess erkennbar. Mit jeder dieser Rollen hingen auch unterschiedliche Souveränitätsansprüche zusammen.

Zunächst handelt es sich also beim Episkopat um eine innerhalb der gesamten katholischen Kirche weltweit theologisch und kirchenrechtlich präzise bezeichnete Gruppe. Für diejenigen, die sich außerhalb der kirchlichen Strukturen befinden, sind die Bischöfe als Repräsentanten der katholischen Kirche eindeutig erkennbar. Sie erfüllen konkrete Funktionen in der Kirche, zugleich aber positionieren sie sich gegenüber Fragen der Gesellschaft, Politik, Kultur. Somit beanspruchen sie auch, innerhalb der Gesellschaft gemäß ihrer Glaubensüberzeugungen selbständig zu handeln: Die Kirche wolle und solle sogar in der Öffentlichkeit präsent sein, um ihrer Sendung treu zu bleiben. Diesen Anspruch äußerten die Bischöfe im Hirtenbrief von 2004:

Christsein verpflichtet in wesentlicher Weise zum evangelischen Zeugnis in allen Lebensdimensionen: der privaten, familiären, gemeinschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen. Die Religion umfasst nämlich den

ganzen Menschen, alle Lebensbereiche, und gestaltet wesentlich auch sein Verhältnis zum öffentlichen Leben. Das Fehlen einer öffentlichen Dimension des Zeugnisses stellt eine Verstümmelung des Christentums und der personenhaften Dimension der Religion dar¹⁷.

Das Episkopat betonte gleichzeitig, die Kirche respektiere den säkularen Charakter öffentlicher und staatlicher Institutionen. Deswegen sei es nicht seine Intention, als eine Partei der politischen Verhandlungen oder Entscheidungsprozesse aufzutreten¹⁸. Gleichzeitig forderten die Bischöfe jedoch, dass die Gesetzgebung der EU religiöse Werte neben anderen, dem Gemeinwohl dienenden Werten respektiere¹⁹. Diese Forderung begründeten sie mit zwei Argumenten mit einem besonderen Bezug auf die Länder Mittel- und Osteuropas: Erstens sei der Umbruch von 1989 in diesen Ländern zum erheblichen Teil durch religiöse Motive inspiriert worden; zweitens zeige die Erfahrung des programmatisch atheistischen Kommunismus, welche verheerende Folgen für die Gesellschaft die Eliminierung religiöser Werte haben könne²⁰.

Des Weiteren handelt es sich hier um das katholische Episkopat Polens – hinsichtlich ihrer nationalen Identität und kultureller Zugehörigkeit begreifen sich die Bischöfe als polnisch. Wenn sie sich also zu politischen Sachverhalten äußerten und Souveränität für Polen beanspruchten, taten sie dies nicht (nur) als Kirchenvertreter, sondern positionierten sich als Vertreter von Interessen der polnischen Gesellschaft. Dabei knüpften sie an das Selbstverständnis der Kirche in Polen als Hüterin der nationalen Identität und Kultur an, das in den oben angesprochenen Erfahrungen der Vergangenheit und nicht zuletzt darin, dass der Katholizismus eine Mehrheitskonfession in Polen darstellt, begründet war.

Mit der Selbstbehauptung der Bischöfe als Polen verband sich auch ihre Überzeugung von der Zugehörigkeit Polens zu Europa. Diese Überzeugung brachten mehrere polnische Bischöfe – nicht nur nach der Wende von 1989, sondern auch in den Jahrzehnten davor – in ihren Aussagen zum Ausdruck²¹.

17 Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej, Pkt. 1 [Übers. aus dem Polnischen – U.P.]. Vgl. auch: Die polnischen Bischöfe zu Fragen der europäischen Integration, Pkt. 8.

18 Die polnischen Bischöfe zu Fragen der europäischen Integration, Pkt. 7; Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej, Pkt. 1.

19 Słowo biskupów polskich z okazji przyjęcia Polski do Unii Europejskiej, Pkt. 2.

20 Ebd., Pkt. 3.

21 So meinte beispielsweise Polens Primas Kardinal Józef Glemp in einem Interview für »Le Figaro« 1986, Polen spiele in Europa seit Jahrhunderten die Rolle eines Brückenbauers zwischen dem Osten und dem Westen und würde im Westen auch in dieser Rolle gern stärker wahrgenommen werden. Józef GLEMP, Dążymy do jedności Europy, in: Ders., W tęczy Franków orzeł i krzyż. Wizyta duszpasterska we Francji 1986, Posen 1987, S. 29–42, hier S. 40. Kardinal Karol Wojtyła betonte in seinem Vortrag für die Pastoralkommission des polnischen Episkopats 1973, Polen sei nach Westen orientiert, und dies umso mehr in der Zeit,

Obwohl das Bestehen des »Eisernen Vorhangs« die Kontaktmöglichkeiten des polnischen Episkopats mit Kirchenvertretern westlicher Länder einschränkte, boten doch die übernationalen Strukturen der katholischen Kirche einen gewissen Spielraum für Austausch und Kooperation, der von den polnischen Bischöfen durchaus in Anspruch genommen wurde. So gehört beispielsweise die polnische Bischofskonferenz zum Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und zwar bereits seit 1971, also seit seiner Gründung.

3. Souveränitätsansprüche der Bischöfe in ihren Dokumenten zur Versöhnung

Die in den bisher analysierten Dokumenten angesprochenen Themen, wie die Rolle des Episkopats und der Kirche für Polen oder der Platz Polens in Europa sowie die Auffassung Europas als eines Kulturraums waren bereits in den bischöflichen Dokumenten zur deutsch-polnischen Versöhnung präsent gewesen, als sich die polnischen Bischöfe im November 1965 mit einem Versöhnungsbrief an ihre deutschen Amtsbrüder wandten²². Das war die erste Versöhnungsgeste im deutsch-polnischen Verhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg von so hohem Rang. Zuvor hatte es aus der evangelischen und katholischen Kirche nur vereinzelte Initiativen ohne breitere Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegeben. Die Übergabe des polnischen Briefes erfolgte in der letzten Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils aus Anlass

in der es zwanghaft vom Osten herangezogen würde. Der Osten wurde dabei offenbar mit der sowjetischen Einflusszone assoziiert und implizit als ein Nicht-Europa angesehen. Karol WOJTYŁA, Programowanie duszpasterskie na lata 1975–1978. Wykład wygłoszony podczas obrad Komisji Duszpasterskiej Episkopatu Polski we Wrocławiu, in: Karol WOJTYŁA/Jan PAWEŁ II., Do Wrocławia przybywałem wiele razy. Kazania, wykłady i słowa pozostawione mieszkańcom Dolnego Śląska, Breslau 2008, S. 82–92, hier S. 83. Zur Frage der Zugehörigkeit Mittel- und Osteuropas zur »westlichen« europäischen Kultur vgl. Janusz KOREK, Central and Eastern Europe from a Postcolonial Perspective, in: Postcolonial Europe, 27.04.2009, S. 1–10, hier S. 7f., URL: <<http://www.postcolonial-europe.eu/essays/60--central-and-eastern-europe-from-a-postcolonial-perspective.html>> (20.07.2016).

- 22 Zum Entstehungskontext des Briefes sowie seiner Rezeption und Wirkung gibt es zahlreiche Publikation, u.a.: Edith HELLER, Macht, Kirche, Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992; Robert ŻUREK/Basil KERSKI, Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965. Entstehungsgeschichte, historischer Kontext und unmittelbare Wirkung, in: Basil KERSKI/Thomas KYCIA/Robert ŻUREK (Hg.), »Wir vergeben und bitten um Vergebung«. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006, S. 7–53; Otto B. ROEGELE (Hg.), Versöhnung oder Hass? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen, Osnabrück 1966; Beiträge von Andrzej Grajewski, Tadeusz Krawczak, Piotr Madajczyk und Robert Żurek in: Friedhelm BOLL u.a. (Hg.), Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009.

der für das Jahr 1966 vorbereiteten Feierlichkeiten des 1.000-jährigen Jubiläums der Christianisierung Polens. Zu den Feierlichkeiten hatte das polnische Episkopat den Papst und die Bischöfe aus 56 Ländern eingeladen – darunter auch die aus den beiden deutschen Staaten. Die Bischöfe waren dabei der Meinung, dass man dieses Jubiläum ohne die Erfüllung des Gebots Jesu zur Nächsten- und Feindesliebe nicht in einem authentisch christlichen Geist begehen könne. Daher hatte schon die Einladung an die deutschen Bischöfe den Charakter einer Versöhnungsbotschaft. Heute gilt dieser Briefwechsel als ein Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, doch damals führte er zu ernsthaften Kontroversen. Wegen der Erinnerung an die Kriegsverluste und -zerstörungen (deren Spuren in Polen zu diesem Zeitpunkt immer noch sichtbar waren) waren viele Polen psychologisch nicht in der Lage, der Geste der Bischöfe persönlich zu folgen. In der BRD lobte man die Dialogoffenheit der polnischen Bischöfe, kritisierte aber die im Brief enthaltene Interpretation der deutsch-polnischen Geschichte als polonozentrisch. In der DDR löste der Brief keine Debatte aus, denn seine Verbreitung in der Öffentlichkeit wurde vom kommunistischen Apparat unterbunden.

Im ihrem Versöhnungsbrief verorteten die polnischen Bischöfe Polen eindeutig in Europa – und nicht im Ostblock – als ein über Jahrhunderte integrales Mitglied der kulturellen, politischen und religiösen Gemeinschaft Europas, zu dessen Entwicklung das Land einen Beitrag geleistet hatte. Sie wiesen auf den lebendigen Kulturaustausch zwischen Polen und vielen Ländern Europas im Mittelalter hin: In Krakau sei beispielsweise die – neben Prag – älteste Universität im östlichen Europa gegründet worden, die solche Persönlichkeiten wie Nikolaus Copernicus und Paweł Włodkowic (Paulus Vladimiri) hervorgebracht habe²³. Die enge Verbindung Polens mit Europa sahen sie vor allem in der Zugehörigkeit zum lateinischen Christentum.

Die Betonung der kulturellen Zugehörigkeit Polens zu Europa in einer Versöhnungsbotschaft an die deutschen Bischöfe hatte angesichts der NS-Ideologie gegenüber Polen eine besondere Bedeutung. Die traumatischen Erfahrungen unter der deutschen Besatzung wurden von den polnischen Bischöfen als Erklärung für das anhaltende Misstrauen und die Vorurteile der polnischen Gesellschaft gegenüber den Deutschen angeführt²⁴. Dabei wurde nicht nur an die Verbrechen gegen Polen und polnische Juden erinnert, sondern auch an die Maßnahmen gegen die polnische Kultur und gegen

23 Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 76–87, hier S. 77–82.

24 Botschaft der polnischen Bischöfe, S. 84.

die katholische Kirche²⁵. Diese Botschaft wurde zu einer Zeit veröffentlicht, zu der die Aufarbeitung der Besatzung Polens auf der deutschen Seite in einigen engen Kreisen innerhalb der evangelischen und katholischen Kirche erst begann. Dezierte Statements hierzu, wie die Predigt des damaligen Berliner Bischofs Julius Döpfner am Fest der hl. Hedwig von Schlesien im Oktober 1960 und die Ostdenkschrift der EKD vom Oktober 1965, gehörten zu Ausnahmen und stießen auf einen regen Widerstand – auch aus kirchlichen Reihen.

Das polnische Episkopat brach in seinem Schreiben mit dem offiziellen kommunistischen Geschichtsbild und der gängigen Deutschlandwahrnehmung²⁶.

25 Ebd., S. 83. Es ist eine der wenigen Stellen, wo im Kontext der deutsch-polnischen Versöhnung die Schoah angesprochen wird. Der deutsche Antwortbrief vom 05.12.1965 griff dieses Thema überhaupt nicht auf. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum das Ansprechen der Schoah in den meisten bischöflichen Dokumenten zur deutsch-polnischen Versöhnung ausbleibt. Das polnische Episkopat seinerseits engagiert sich seit Jahrzehnten für das polnisch-jüdische Verhältnis. Die Bischöfe reagierten auf laufende Ereignisse, wie im Falle der Verurteilung des antijüdischen Pogroms in Kielce 1946. Sie regten auch die Aufarbeitung der Vergangenheit an. Im Jubiläumsjahr 2000 riefen sie polnische Katholiken in einer Erklärung auf, sich einzugestehen, »daß neben der ehrenhaften Haltung der Rettung vieler jüdischer Leben durch Polen auch unsere Sünden aus der Zeit der Vernichtung bestehen: Gleichgültigkeit oder Feindschaft gegenüber Juden«; sie verurteilten den Antisemitismus als Sünde. Vergebungs- und Versöhnungsbitte der Polnischen Bischofskonferenz, Tschenstochau am 25.08.2000. Text zugänglich unter: URL: <<http://www.cdin.pl/de/bildung/materialien/texte/52-oficjalne-teksty-kocioa-katolickiego/108-2000-08-25-episkopat-polski-wysiek-ocyszczania-pamici-i-pojednania-z-okazji-wielkiego-jubileuszu-roku-2000>> (20.07.2016). Im ähnlichen Sinne äußerte sich das polnische Episkopat in seinem Hirtenbrief aus Anlass des 25. Jahrestages der Konzilerklärung »Nostra aetate« (30.11.1990). Text zugänglich unter: URL: <<http://www.cdin.pl/de/bildung/materialien/texte/52-oficjalne-teksty-kocioa-katolickiego/85-1990-11-30-episkopat-polski-list-pasterski-z-okazji-25-rocznicy-nostra-aetate>> (20.07.2016). Das Episkopat beteiligt sich an Initiativen, die den polnisch-jüdischen Dialog fördern (wie z.B. der jährlich organisierte Tag des Judaismus in der Katholischen Kirche in Polen, der Polnische Rat der Christen und Juden). Auch dem Internationalen Auschwitz-Rat gehört ein Bischof an. Das polnisch-jüdische Verhältnis behandeln aber die polnischen Bischöfe meistens getrennt von der deutsch-polnischen Versöhnung, obwohl sich ein Zusammenhang zwischen den beiden herstellen ließe. Dies tat beispielsweise Kardinal Karl Lehmann, als er in seiner Erklärung als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau sagte: »Die nationalsozialistischen Machthaber besudelten mit ihren Verbrechen auch ein fremdes Land, das sie mit Gewalt eroberten. In Polen lebten viele Juden. Man wollte die Vernichtungslager in weit entfernten Regionen des östlichen Polens verstecken. Es bestehen allerdings keine Zweifel, dass die Verbrechen in Deutschland geplant wurden und dass die Deutschen dafür die Verantwortung tragen. [...] Wir bitten das polnische Volk um Vergebung für die erlittenen Verluste und für die Schande, die Polen infolge der auf seinem Boden begangenen Verbrechen bereitet wurde.« Karl LEHMANN, Przewodniczący Konferencji Episkopatu Niemiec z okazji 50 rocznicy wyzwolenia obozu zagłady Auschwitz-Birkenau (27.01.1995), Aussage für den Sender Polskie Radio, Text zugänglich unter URL: <<http://www.cdin.pl/de/bildung/materialien/texte/52-oficjalne-teksty-kocioa-katolickiego/88-1995-01-27-przewodniczy-episkopatu-niemieckiego-z-okazji-50-rocznicy-wyzwolenia-obozu-zagady-auschwitz-birkenau>> (20.07.2016) [Übers. aus dem Polnischen – U.P.].

26 Vgl. ŻUREK/KERSKI, Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965, S. 27f.

Die Bischöfe betonten nicht die Feindschaft zwischen Polen und Deutschen, sondern die fruchtbare Nachbarschaft, von der Polen in kultureller und religiöser Hinsicht in der Vergangenheit profitiert hatte²⁷. Im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen sprachen die Bischöfe die Oder-Neiße-Grenze als das »heiße Eisen« der deutsch-polnischen Nachbarschaft an, das die beiderseitigen Beziehungen besonders belastete. Der Grenzverlauf wurde zwar 1950 im Görlitzer Abkommen durch die DDR und Volksrepublik Polen anerkannt, in der BRD wurde jedoch die Grenze noch immer als vorläufig angesehen, bis 1972 der Bundestag den Warschauer Vertrag vom 1970 ratifizierte und sie damit politisch anerkannte. Dabei brachen die Bischöfe auch das im kommunistischen Polen verordnete Schweigen über den Verlust der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion und über das Leid der deutschen Vertriebenen²⁸.

Der Anspruch der Bischöfe als eigenständige Vertreter des Volkes in Opposition zur kommunistischen Regierung kam hier deutlich zum Vorschein. Die Bischöfe machten klare Statements zu heiklen politischen Fragen dieser Zeit, wobei sie mit schwerwiegenden Konsequenzen seitens der kommunistischen Regierung rechneten. Diese Konsequenzen traten tatsächlich zu Tage in der Form der stärksten antikirchlichen Kampagne seit dem Stalinismus, denn aus dem Brief lasen die Machthaber eine eindeutige Kritik an der aktuellen politischen Lage Polens und eine Infragestellung des Bündnisses mit der Sowjetunion heraus. In der Tat betrachteten die Bischöfe dieses Bündnis als Einschränkung der staatlichen Souveränität Polens. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD könnte laut ihrer Einschätzung einen Schritt zur Herauslösung Polens aus der Abhängigkeit von den Sowjets bedeuten, indem neben der Sowjetunion ein westlicher Staat zum Garant der Grenze würde²⁹.

Anfang 1966, angesichts des Vorwurfs, das polnische Episkopat habe mit seinem Brief an die deutschen Bischöfe auf dem Feld der internationalen Politik gehandelt und somit seinen Kompetenzbereich überschritten, begründeten die Bischöfe ihr Vorgehen in einem Schreiben an den Premierminister Józef Cyrankiewicz mit den Worten:

Das Verstehen menschlicher Dinge, auch internationaler Fragen, unter dem Blickwinkel der Moral gehört zu den Aufgaben der Kirche, gehört somit auf das innigste zur Sendung und Berufung der Bischöfe, gehört zu ihren Kompetenzen³⁰.

27 Botschaft der polnischen Bischöfe, S. 84.

28 Ebd., S. 84.

29 Zur Bedeutung der Grenzfrage in dem Briefwechsel von 1965 vgl. Urszula PEKALA, Wechselwirkungen von Religion und Politik beim Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965, in: KZG 26 (2013), H. 2, S. 468–485, bes. S. 476–482.

30 Schreiben des polnischen Episkopats an Ministerpräsident Cyrankiewicz, deutsche Übersetzung in: ROEGELE, Versöhnung oder Hass?, S. 122.

Aus der Perspektive mehrerer Jahrzehnte wurde der Brief polnischer Bischöfe von 1965, zusammen mit der drei Wochen später erfolgten deutschen Antwort, zum wichtigen Bezugspunkt der deutsch-polnischen Versöhnung. In den Jahren 1995 und 2005, aus Anlass des 30. und des 40. Jahrestages dieses Briefwechsels, veröffentlichten die Episkopate Deutschlands und Polens gemeinsam zwei Erklärungen. Die Erklärungen erfolgten in einer völlig anderen geopolitischen Situation: Deutschland hatte sich wieder vereinigt, die Oder-Neiße-Grenze war endgültig durch internationale Verträge gesichert worden, Polen hatte sich zu einem demokratischen Land gewandelt. In der Erklärung von 1995 fassten die Bischöfe die neue Lage zusammen:

Europa hat heute sein Gesicht von Grund auf verändert. Die jahrzehntelange Spaltung ist überwunden, totalitäre Systeme sind zusammengebrochen. Unsere Völker haben ihre Souveränität und Freiheit wiedererlangt und leben in gegenseitig anerkannten Grenzen³¹.

In den Erklärungen von 1995 und 2005 lag der Akzent nicht so sehr auf der Begründung der Zugehörigkeit Polens zu Europa, sondern eher darauf, dass Deutsche und Polen gemeinsame Aufgaben in dem Europa hätten, dessen feste Bestandteile sie seien. Hierzu gehöre u.a. die Sorge für einen dauerhaften Frieden, der ohne Aufrechterhaltung der christlichen Werte, insbesondere der Würde des Menschen und der Menschenrechte, unmöglich sei³². Dabei wurde auch eine entscheidende Rolle der polnischen *Solidarność*-Bewegung und der deutsch-polnischen Annäherung für die Überwindung von Unfreiheit und Teilung in Europa 1989 betont³³. In der Erklärung von 1995 kamen zwei Gedanken deutlich zum Ausdruck, die auch in späteren Dokumenten eine zentrale Rolle spielen würden: die Mitgestaltung Europas (was der Hirtenbrief von 2004 als einen Ausdruck von Souveränität betrachtete) und die Auffassung Europas als Werte- und Kulturgemeinschaft, in der christliche Werte wesentlich identitätsstiftend seien³⁴.

Im Jahr 2009 veröffentlichten die Episkopate beider Länder eine weitere gemeinsame Erklärung zum Anlass des 70. Jahrestags des Kriegsausbruchs. Als Ziel des Krieges im Osten Europas nannten sie Vernichtung und Versklavung. Dabei merkten sie an: »Besonders die polnischen Führungsschichten – Intellektuelle, Wissenschaftler und Klerus – waren betroffen von einer Ausrottungspolitik, die eine Knechtschaft des ganzen Volkes zum Ziel hatte«³⁵. Sie gedachten auch der ermordeten europäischen Juden, Sinti und

31 Erklärung 1995, S. 129; vgl. ebd., S. 130.

32 Ebd., S. 132–136, 138; Erklärung 2005, S. 143.

33 Erklärung 1995, S. 128; Erklärung 2005, S. 142.

34 Erklärung 1995, S. 131f.

35 Erklärung 2009, S. 16.

Roma³⁶. Angesichts des geschehenen Unrechts und der immer noch bestehenden Vorurteile und Stereotype riefen die Bischöfe Deutsche und Polen zum Kennenlernen der Kultur des jeweils anderen Landes und zum gemeinsamen Engagement für »eine Kultur des Friedens« auf, in der der Schutz des Lebens und der Menschenrechte im Fokus stand³⁷. Somit wurde Kultur zum Gegenstand und Mittel der Versöhnung. Insbesondere die polnische Kultur – einst ein Objekt des Angriffs der NS-Ideologie – erfuhr im Versöhnungsprozess eine Wiederanerkennung. Außerdem – über das deutsch-polnische Verhältnis hinaus – leisteten miteinander versöhnte Deutsche und Polen einen gemeinsamen Beitrag zur Kultur Europas, in der beide Völker verwurzelt sind. Dies kann auch als eine Anerkennung der kulturellen Souveränität Polens im Laufe des Versöhnungsprozesses gelesen werden.

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass in den Dokumenten zur deutsch-polnischen Versöhnung der Diskurs über Europa bzw. über die Zugehörigkeit Polens zu Europa eine prominente Stelle einnahm. Die Überzeugung von der Zugehörigkeit Polens zu Europa und der allgemeuropäischen Relevanz der deutsch-polnischen Versöhnung stellte für die polnischen Bischöfe seit Jahrzehnten eine Konstante in ihrem Umgang mit der deutsch-polnischen Versöhnung dar³⁸. Dabei stimmte hier das Verständnis von Europa mit demjenigen in ihren Dokumenten zur europäischen Integration oder zum EU-Beitritt Polens überein. Europa wurde auch hier nicht so sehr als eine politische Größe, sondern vielmehr als ein Kulturraum aufgefasst. Dabei kam Europa eine mehrfache Rolle zu: als Kontext und Spielraum für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, als Bezugspunkt für kulturelle und nationale Identität Polens, schließlich als eine von Polen mitzugestaltende politische, soziale und kulturelle Wirklichkeit, in der die Katholiken in Deutschland und Polen den Bischöfen zufolge einen vielfältigen gemeinsamen Dienst zu leisten hatten³⁹.

Im Kontext des deutsch-polnischen Verhältnisses drückten die Bischöfe ihre Souveränität als kirchliche Vertreter aus, die als solche ein Recht und zugleich eine Verpflichtung hatten, sich zu den wichtigen aktuellen Themen in der Politik und Gesellschaft, zu denen auch Versöhnung gehörte, zu äußern. Allerdings gab es einen Unterschied zwischen dem Souveränitätsanspruch wie er im Brief von 1965 und wie er in den Erklärungen ab 1995 geltend

36 Ebd., S. 16.

37 Ebd., S. 18f.

38 Vgl. z.B. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Begegnung der Deutschen Bischofskonferenz mit der Konferenz des Polnischen Episkopates in Polen im September 1980, Bonn 1980.

39 Vgl. Erklärung 1995, S. 132–136; vgl. Erklärung 2005, S. 143.

gemacht wurde. Im Jahr 1965 positionierten sich die Bischöfe als Vertreter des polnischen Volkes, die die Legitimität der kommunistischen Regierung und somit auch ihre Politik in Frage stellten und deswegen die Initiative in einem Bereich ergriffen, in dem die Regierung nach ihrer Einschätzung versagt hatte. Sie behaupteten also ihre Souveränität eindeutig gegenüber den staatlichen Machthabern. In den späteren Dokumenten zeigten sie ihre Souveränität nicht im Widerstand, sondern als einer der vielen gleichberechtigten Akteure der polnischen und europäischen Öffentlichkeit.

4. Zusammenhänge von Versöhnung und Souveränität

Nun gilt es schließlich zu fragen, welche Zusammenhänge zwischen Versöhnungsanspruch und Souveränitätsbehauptung sich mit dem Konzept der kulturellen Souveränität erfassen lassen. Dies wird am Beispiel der Versöhnung als einer konkreten Umsetzung der Souveränitätsansprüche der Bischöfe im europäischen Kontext gezeigt.

a) Mitgestaltung des bilateralen Verhältnisses

Das Verbrechen ist ein Moment, in dem die Gemeinschaft zwischen den involvierten Parteien zerbricht. Dies ist allerdings nicht nur eine Folge des geschehenen Unrechts, sondern rührt aus einer dem Verbrechen vorausgehenden Einstellung des Täters zum Opfer. Das Verbrechen kann unterschiedlich legitimiert werden: Im Fall der NS-Besatzung in Polen war es eine ideologisch untermauerte Überlegenheitshaltung der Deutschen gegenüber den Polen und somit ihr Anspruch – und ihre Souveränität⁴⁰ – über die Polen zu verfügen (bis hin zur Tötung). Dies bedeutete, dass sich das Verhältnis zwischen den Deutschen und Polen nach den von den ersteren einseitig aufgezogenen Regeln gestaltete und dass die polnische Seite ihrer Souveränität in der Gestaltung dieses Verhältnisses beraubt wurde.

Bei der Versöhnung geht es – ähnlich wie beim Verbrechen – um die Beziehung zwischen den involvierten Parteien. In der Versöhnung ist es allerdings die Opferseite, die durch den Akt der Vergebung oder auch durch deren Verweigerung über die gegenseitige Beziehung entscheidet. Ohne Vergebung ist eine (Wieder)Herstellung der zerbrochenen Gemeinschaft nicht möglich⁴¹.

40 Vgl. James J. Sheehan in Anlehnung an Hannah Arendt. SHEEHAN, *The Problem of Sovereignty*, S. 12.

41 Vgl. dazu z.B. Chrystus nadzieją Europy. List pasterski biskupów Europy z okazji Środkowoeuropejskiego Dnia Katolików (25.05.2003), Dokument auf der Webseite der Polnischen Bischofskonferenz, URL: <<http://episkopat.pl/14539-2/>> (20.07.2016), Pkt. 7; Appel

Der Briefwechsel von 1965 war eindeutig eine Initiative der polnischen Seite, die als Opfer eines NS-deutschen Angriffskrieges dastand. Der Schlüsselsatz in der Botschaft der polnischen Bischöfe lautete: »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung«⁴². Dieser Satz brachte die Souveränität der polnischen Bischöfe in der Mitgestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses am stärksten zum Ausdruck. Die Gewährung von Vergebung kann als Akt eines Souveräns verstanden werden. Allerdings hielten die polnischen Bischöfe nicht an ihrer Position moralischer Überlegenheit fest, sondern boten der deutschen Seite eine ebenbürtige Position in der Mitgestaltung des Verhältnisses an, indem sie selbst eine Bitte um Vergebung aussprachen⁴³. Dies kann ebenfalls als Ausdruck von Souveränität gelesen werden. Die deutschen Bischöfe äußerten in ihrer Antwort eine Bitte um Vergebung für deutsche Verbrechen gegen Polen⁴⁴.

Allerdings blieben die beiderseitigen Beziehungen in den Folgejahren angespannt. Dies lag wohl daran, dass das deutsche Episkopat eine in der Grenzfrage ausweichende Antwort formulierte, was gewisse Enttäuschung auf Seiten des polnischen Episkopats hervorrief. Erst nachdem die Oder-Neiße-Grenze infolge des Warschauer Vertrags von 1970 und seiner Ratifizierung 1972 von der Bundesrepublik zumindest politisch anerkannt worden war, entspannte sich auch das Verhältnis zwischen den Bischöfen deutlich und die gegenseitigen Kontakte wurden enger.

Vor diesem Hintergrund ist schon allein die Tatsache, dass die beiden Episkopate drei Jahrzehnte später *gemeinsam* ein Dokument zur Versöhnung verfassten, bemerkenswert. Die Bischöfe Deutschlands und Polens sprachen 1995 als ebenbürtige Parteien, die gleichermaßen die Verantwortung für das gegenseitige Verhältnis trugen. Die zentrale Aussage der gemeinsamen Erklärung stellte das Aufgreifen des Schlüsselsatzes des Briefwechsels von 1965 dar, allerdings erfolgte dies nicht in Form eines bloßen Zitats, sondern wurde zugleich zu einer neuen Versöhnungsgeste der Bischöfe. Diese

der Polnischen Bischöfe in Sachen Frieden, Warschau, den 30.04.2002, Dokument auf der Webseite der Polnischen Bischofskonferenz, URL: <<http://episkopat.pl/appel-der-polnischen-bischofe-in-sachen-frieden/>> (20.07.2016), Pkt. 1.

42 Botschaft der polnischen Bischöfe, S. 87.

43 In dem Brief selbst findet sich keine Erklärung, wofür die Polen die Vergebung von den Deutschen erbitten. Möglicherweise hatte diese Formel eine zweifache Begründung. Zum einen knüpften hier die Bischöfe an die Worte aus dem Gebet »Vater unser«: »Vergib uns unsere Schuld wie auch wir vergeben unseren Schuldigern«. Zum anderen meinten sie ganz konkret die Beteiligung der Polen an der Vertreibung der Deutschen, was allerdings nicht bedeutet, dass damit die Verantwortung der deutschen Seite für den Zweiten Weltkrieg relativiert wurde.

44 Antwortschreiben der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe vom 05.12.1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 88–92.

Aussage lautete: »Heute, 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sprechen wir gemeinsam: »Wir vergeben und bitten um Vergebung«⁴⁵. 1965 stand dieser markante Satz im polnischen Brief. Somit handelte es sich 1995 nicht bloß um die Erinnerung an ein Ereignis von vor 30 Jahren, sondern um einen neuen Akt in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg. Die Versöhnungsgeste von 1965 wurde aufgegriffen und in die aktuelle Situation transponiert. Sie galt laut der Erklärung als »Beginn eines gemeinsamen Wegs, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat«⁴⁶. Diesem damals eingeschlagenen Weg fühlten sich die Bischöfe weiterhin verpflichtet, allerdings waren sie fern von einer idealisierten Auffassung des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses. In der Erklärung von 2009 schrieben sie:

Es braucht nicht verschwiegen zu werden: Der Weg der Verständigung und der Zusammenarbeit, den die Kirchen in unseren beiden Ländern seither gegangen ist, war manches Mal schwierig und nicht frei von Missverständnissen und Belastungen. Wir haben jedoch gelernt, dass Geduld, Behutsamkeit, Wahrhaftigkeit und guter Wille unverzichtbare Wegbegleiter beim Aufbau des Gemeinwohls sind⁴⁷.

Die gemeinsamen Äußerungen der beiden Episkopate bezogen sich auf den Sachverhalt, der das deutsch-polnische Verhältnis am meisten belastete, nämlich auf die Vergangenheit. Von Beginn, Verlauf und Folgen des Zweiten Weltkrieges wurde offen und unbefangen gesprochen. Dies kam auch in der Erklärung von 2009 zum Ausdruck. Als schmerzhafteste Erinnerungen, die der 1. September weckt, nannten die Bischöfe in einem Satz »Erinnerungen an Gewalt, Rechtlosigkeit und Ohnmacht, Erinnerungen an den Verlust von Angehörigen und Freunden oder den Verlust der Heimat«⁴⁸ – ohne eine Spezifizierung vorgenommen zu haben, ob sich das letztere auf deutsche oder polnische Vertriebene und Deportierte bezog. Wenn in den bischöflichen Dokumenten von der Vergangenheit die Rede war, erweiterte sich auch ihr direkter Bezugspunkt: 1965 war es die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen; nach 1989 kam zu der Erinnerung an den Krieg noch die Erinnerung an die Anfänge des Versöhnungsprozesses und an seinen bisherigen Verlauf hinzu. Somit wurde die Versöhnung zum festen Bestandteil der gemeinsamen Geschichte, in der neue gemeinsame Aufgaben begründet waren. Die ab 1995 entstandenen Erklärungen der deutschen und polnischen Bischöfe belegen, wie die bilaterale Beziehung im Laufe

45 Erklärung 1995, S. 128.

46 Ebd., S. 126.

47 Erklärung 2009, S. 17.

48 Ebd., S. 16.

des Versöhnungsprozesses aufgebaut und gestaltet wurde. Die polnischen Bischöfe erfuhren von den deutschen Bischöfen Anerkennung als Ebenbürtige, was als eine Überwindung der Unterscheidung in das deutsche »Herrenvolk« und die polnischen »Untermenschen« gelesen werden kann. Seit 1995 besteht eine Kontaktgruppe beider Episkopate, die sich mit den noch nicht bewältigten Problemen der deutsch-polnischen Geschichte und der Zukunft befasst – ein 1965 noch undenkbares Gremium.

Was bedeutet dies nun für die Souveränität im Kontext der deutsch-polnischen Versöhnung? Drei Erscheinungsformen der Souveränität lassen sich hier aufzeigen. Erstens wird vor allem zu Beginn des Versöhnungsprozesses von den polnischen Bischöfen eine Souveränität, das deutsch-polnische Verhältnis gleichberechtigt zusammen mit den Deutschen mitzugestalten, beansprucht. Zweitens wird die Souveränität der beiden Seiten in der Mitgestaltung des Verhältnisses von der jeweils anderen Seite anerkannt. Die Souveränität der Beteiligten vollzieht sich hier also als eigener Anspruch und zugleich als Respekt gegenüber dem Anspruch des Anderen auf die Mitgestaltung. Sie erscheint als relational und somit als ein dynamisches Geschehen zwischen den beiden Parteien. Drittens gilt die bereits erzielte Versöhnung für die polnischen Bischöfe als ein Prozess, in dem sie sich in einer historischen Perspektive ihrer eigenen Souveränität als Vertreter der Kirche, die in wichtigen politischen Angelegenheiten handelten und etwas bewegten, vergewissern können.

b) Mitgestaltung Europas über das deutsch-polnische Verhältnis hinaus

Der Anspruch der polnischen Bischöfe führte über die bilaterale Angelegenheit hinaus. Sie wollten, dass Polen nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen europäischen Ländern als ein ebenbürtiger Partner anerkannt wird. Für Polen bedeutete die Versöhnung mit Deutschland einen entscheidenden Schritt auf dem Weg dorthin, was zugleich die endgültige Überwindung der Kriegsfolgen und der politischen Situation Polens nach 1945 bedeutete. So schrieben die beiden Episkopate in der Erklärung von 1995:

Polen und Deutsche finden heute wieder ihren vollgültigen Platz als Nachbarn inmitten der europäischen Völkerfamilie. Europa wächst heute immer rascher zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammen, an der auch die Völker Mittel- und Osteuropas teilhaben. Polen nimmt so wieder den ihm zustehenden Platz innerhalb der Nationen Europas ein⁴⁹.

49 Erklärung 1995, S. 130f. Die Rede vom Eintritt Polens in Europa finden allerdings nicht alle

Das auf dem Weg der Versöhnung hergestellte gute Verhältnis zwischen Deutschen und Polen zeigte somit eine Wirkung auch über das bilaterale Verhältnis hinaus: Es trug zur Etablierung bzw. Wiedergewinnung der Souveränität Polens als eines vollgültigen Teils Europas bei – dies betonten beide Episkopate gemeinsam. Die wiedererlangte Souveränität bedeute somit für Polen das Recht, Europa mitzugestalten, worauf die polnischen Bischöfe in ihren Dokumenten, wie bereits oben gezeigt, seit Jahrzehnten einen großen Wert legten. Die deutsch-polnische Versöhnung selbst wurde als eine Form dieser Mitgestaltung und somit als ein wesentlicher Beitrag zur europäischen Vereinigung aufgefasst: »Unser Bemühen« – schrieben die Bischöfe in der gemeinsamen Erklärung von 1995 – »um Verständigung und Versöhnung zwischen unseren beiden im Herzen Europas gelegenen Völkern ist zugleich grundlegend für den Frieden und die Verständigung ganz Europas«⁵⁰. Die Erklärung von 2005 betonte die allgemeuropäische Relevanz der deutsch-polnischen Versöhnung in Bezug auf den Brief von 1965, wodurch sich zeigt, dass das gegenwärtige souveräne Handeln im vergangenen souveränen Handeln begründet ist:

Indem die Bischöfe sich der furchtbaren Last des Kriegsverbrechen, des Unrechts und des Leids stellten, und der in Christus gegründeten Hoffnung auf die göttliche Barmherzigkeit vertrauten, gelang es ihnen inmitten des noch fortdauernden Kalten Krieges, trennende Mauern in der Kraft des Glaubens zu überwinden und die Vision eines wieder zusammenwachsenden Europa aufscheinen zu lassen. Sie gaben Zeugnis von dessen geistigen Grundlagen, die Unrecht und Gewalt nicht dauerhaft verdunkeln konnten⁵¹.

Somit hätten die Bischöfe bereits 1965 »einen Beitrag zur Überwindung der Unfreiheit und der Teilung des europäischen Kontinents« geleistet⁵². Dies war allerdings nicht nur eine nachträgliche Interpretation der Relevanz der deutsch-polnischen Versöhnung aus der Perspektive der Gegenwart. Bereits während des offiziellen Besuchs des polnischen Episkopats in Westdeutschland 1978 sowie des westdeutschen Episkopats in Polen 1980, interpretierten die Bischöfe selbst die deutsch-polnische Versöhnung als Zei-

polnischen Bischöfe zutreffend. Beispielsweise schrieb der Stettiner Erzbischof Kazimierz Majdański bereits 1991 in seinem Adventshirtenbrief, ein »Eintritt« setze einen zuvor erfolgten »Austritt« voraus. Polen habe aber Europa nie verlassen. Kazimierz MAJDAŃSKI, List pasterski na Adwent R.P. 1991: »Naród kroczący w ciemnościach ujrzał światłość wielką (Iz 9, 1)«, in: Ders., Listy pasterskie 1979–1992, Stettin 1997, S. 566–572, hier S. 567.

50 Erklärung 1995, S. 135f.

51 Erklärung 2005, S. 142.

52 Ebd., S. 142.

chen⁵³, Beispiel⁵⁴ und Zeugnis⁵⁵ für Europa, dass Versöhnung nach einem blutigen Konflikt möglich sei. Erst die Wende von 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands galten hier allerdings als die endgültige Überwindung der Folgen des Zweiten Weltkriegs⁵⁶.

Mittlerweile wird der deutsch-polnischen Versöhnung – sowohl von direkt Beteiligten als auch von externen Beobachtern – eine Vorbildrolle für andere Versöhnungsprozesse in Europa und weltweit zugeschrieben. Dies bezieht sich auf die deutsch-tschechische⁵⁷, polnisch-ukrainische⁵⁸, aber auch japanisch-chinesische oder japanisch-südkoreanische Versöhnung⁵⁹. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Versöhnung als ein Prozess dar, der nicht nur Souveränität der Beteiligten voraussetzt, sondern auch selbst eine neue Erscheinungsform von Souveränität in Bezug auf Europa hervorbringt. Durch eine gemeinsame Veröffentlichung der drei Erklärungen erscheinen die deutschen und polnischen Bischöfe als eine Einheit, die – zumindest im symbolischen Sinne – eine Wirkung über das bilaterale Verhältnis hinaus erzielt. Diese Einheit ist jedoch in diesem bilateralen Verhältnis ursprünglich begründet. Somit fungieren die beiden Parteien in der durch Versöhnung wiederhergestellten Gemeinschaft als Träger einer geteilten Souveränität. Denn der Beitrag für Europa wird nur dann geleistet, wenn Deutsche und Polen weiterhin zusammen für Frieden und Verständigung eintreten. Wenn nämlich die Versöhnung eine (Wieder-)Herstellung der zerbrochenen Beziehung bedeutet, ist es entscheidend, dass die beiden zuvor verfeindeten Parteien nun gemeinsam im Sinne dieser neuen Beziehung handeln.

53 Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner an den Primas von Polen und seine Begleiter am 20.09.1978 am Portal des Domes zu Fulda, in: Dokumentation der Predigten und Ansprachen, S. 5f., hier S. 6.

54 Abschlusserklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, zum Besuch des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, am 25.09.1978 vor der Presse, in: Dokumentation der Predigten und Ansprachen, S. 60–62, hier S. 61.

55 Predigt von Dr. Eduard Schick in Krakau am 14.09.1980, in: Begegnung der Deutschen Bischofskonferenz mit der Konferenz des Polnischen Episkopates, S. 38–41, hier S. 40.

56 Homilia biskupa tarnowskiego Wiktora Skworca z okazji 70 rocznicy wybuchu drugiej wojny światowej, in: Biuro Prasowe Episkopatu Polski (Hg.), Akta Konferencji Episkopatu Polski, Nr. 16, Warschau 2009, S. 19–21, hier S. 20.

57 Vgl. Karl LEHMANN, Brief an Franz Scholz vom 26.03.1990, in: Ders., Erinnerung – Umkehr – Versöhnung, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1990, S. 20–24, hier S. 22.

58 Vgl. den gemeinsamen Hirtenbrief der griechisch-katholischen Bischöfe der Ukraine und der römisch-katholischen Bischöfe Polens: Pokój między narodami jest możliwy. List biskupów greckokatolickich Ukrainy i rzymskokatolickich Polski z okazji aktu wzajemnego przebaczenia i pojednania (18.06.2005), in: Biuro Prasowe Episkopatu Polski (Hg.), Akta Konferencji Episkopatu Polski 1 (2005), H. 10, Warschau 2005, S. 43–45, hier S. 44f.

59 Lily GARDNER FELDMAN, German-Polish Reconciliation in Comparative Perspective: Lessons for Japan?, in: Asia-Pacific Journal: Japan Focus 8 (2010), H. 16, URL: <<http://apjjf.org/-Lily-Gardner-Feldman/3344/article.html>> (20.07.2016).

5. Schlussfolgerungen

Das Ziel dieses Beitrags war, die vom polnischen Episkopat beanspruchte Handlungs- und Deutungsmacht exemplarisch am Fall der Versöhnung mit den Deutschen mit dem Konzept der kulturellen Souveränität zu erfassen. Das Engagement der polnischen Bischöfe für die Versöhnung stellt nämlich ein Beispiel für die Umsetzung ihrer konkreten Souveränitätsansprüche dar. Was ergibt sich aus der hier durchgeführten Analyse?

Erstens muss festgestellt werden, dass zur Anwendung des Konzepts der kulturellen Souveränität die Quellen selbst eine Grundlage bieten. Im Hirtenbrief zur europäischen Integration von 2002 nannten die Bischöfe drei Formen von Souveränität: national, politisch und kulturell. Keine der im Versöhnungsprozess zu Tage tretenden Erscheinungsformen von Souveränität lässt sich eindeutig als politisch oder national einordnen, obwohl in allen die politische und nationale Dimension eine Rolle spielt. Im Versöhnungsprozess sind sie beide mit einer kulturellen Dimension verflochten und dies im mehrfachen Sinne: Der Zweite Weltkrieg stellte auch einen mit der NS-Ideologie untermauerten Angriff auf die polnische Kultur dar. Daher wurde die Kultur selbst zum Gegenstand der Versöhnung; der Versöhnungsprozess entfaltete sich mit ausdrücklichem Bezug auf Europa als einen vom Christentum maßgeblich geformten Kulturraum; die Beteiligten des Versöhnungsprozesses gingen ausdrücklich vom christlichen Verständnis von Versöhnung aus. Die Kultur im Verständnis der bischöflichen Dokumente beinhaltet Elemente der nationalen Identität, politischen Ausrichtung und religiösen Weltanschauung. Vor diesem Hintergrund kommt die kulturelle Souveränität – die dritte der von den Bischöfen genannten Formen von Souveränität – einer übergeordneten Kategorie nahe, unter die die beschriebenen Erscheinungsformen von Souveränität im Versöhnungsprozess fallen. Somit ähnelt dieser Quellenbegriff der kulturellen Souveränität als einem analytischen Zugang, der weder im Gegensatz zu politischen oder nationalen Auffassungen von Souveränität steht, noch sich in den beiden erschöpft, sondern Erscheinungsformen von Souveränität an der Schnittstelle des Nationalen, Politischen, Kulturellen und Religiösen bezeichnet.

Zweitens erweist sich dieser Zugang als weiterführend für das Verständnis des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, das für den Versöhnungsprozess eine so relevante Rolle spielte. Kirche und Staat werden üblicherweise – so wie es James J. Sheehan für die Geschichte Europas nachzeichnet – als zwei Größen aufgefasst, die hauptsächlich konkurrierende Souveränitätsansprüche erheben, wenn auch in einer sich im Laufe der Jahrhunderte wandelnden Form⁶⁰. Das Konzept der kulturellen Souveränität erlaubt es, dieses

60 SHEEHAN, *The Problem of Sovereignty*, S. 4f.

Schema zu differenzieren. Für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist in dem hier untersuchten Fallbeispiel ein religiös begründeter, moralischer Anspruch kirchlicher Akteure entscheidend, nicht nur im innerkirchlichen, sondern auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich zu handeln. Damit hängt – implizit – ein Anspruch der Kirche zusammen, politische Systeme moralisch zu beurteilen. Je nach dem Urteil stellt sich die Kirche entweder gegen den Staat, um Rechte seiner Bürger zu verteidigen, wie im kommunistischen Polen, oder unterstützt politische Entwicklungen, die doch auch Staaten involvieren, wie den europäischen Integrationsprozess. Im Falle der deutsch-polnischen Versöhnung lässt sich sogar von einer religiös motivierten, von kirchlichen Amtsträgern unternommenen Initiative sprechen, die die staatliche Souveränität Polens in kultureller aber auch politischer Hinsicht ausdrücklich fördert⁶¹.

Drittens zeigt das Versöhnungshandeln der polnischen Bischöfe, dass der Souveränität auch ein Aspekt der Stellvertretung eigen ist. In den hier beschriebenen Souveränitätsansprüchen des Episkopats ging es nämlich nicht nur um seine eigene Souveränität als Akteur innerhalb der Kirche oder in der Gesellschaft. Die Bischöfe traten explizit als Repräsentanten des polnischen Volkes unter unterschiedlichen politischen Bedingungen auf, wo in ihrer Einschätzung entweder der offiziellen Vertretung des Volkes die Legitimität fehlte, wie unter der kommunistischen Regierung, oder wo die Gesellschaft eine wichtige Verantwortung in der Form der Mitgestaltung Europas auf sich nahm.

Viertens lassen sich am Fallbeispiel des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses Kontinuität und Wandel der Souveränitätsansprüche der Bischöfe zeigen. Eine Kontinuität besteht in ihrer Überzeugung – über Jahrzehnte hinweg – von der Zugehörigkeit Polens zu Europa, von der Relevanz des deutsch-polnischen Verhältnisses für Europa, schließlich von dem Recht und der Aufgabe der Christen, im politischen Bereich im Sinne ihres Glaubens zu handeln. Ein Wandel lässt sich wiederum in Bezug auf die Adressaten der Souveränitätsansprüche beobachten: Der kommunistische Staatsapparat entfiel mit der Wende von 1989, Europa hingegen blieb. Dabei änderte sich Europa auch. Vor der Wende von 1989 betonten die Bischöfe die Zugehörigkeit Polens zu Europa, die durch die geopolitische Ordnung nach 1945 in Frage gestellt schien. Nach der Wende sahen sie die Zugehörigkeit Polens zu Europa bestätigt. Allerdings brachte die ersehnte Integration Polens in Europa eine Gefahr des Säkularismus mit sich, durch den sich Europa in der

61 Die These, dass religiöse Faktoren die staatliche Souveränität fördern können, wird z.B. an der Fallstudie des frühneuzeitlichen Englands belegt: Benjamin de CARVALHO/Andrea PARAS, *Sovereignty and Solidarity. Moral Obligation, Confessional England, and the Huguenots*, in: *The International History Review* 37 (2015), H. 1, S. 1–21.

Einschätzung der Bischöfe mittlerweile von eigenen christlichen Wurzeln löste. Mit der sich wandelnden geopolitischen Situation ließ sich auch ein Wandel in der Auffassung von Souveränität beobachten, von der die polnischen Bischöfe in dem Brief zum EU-Beitritt Polens von 2004 sprachen: Der Anspruch auf Souveränität als Unabhängigkeit im nationalen und politischen Sinne verlor nach der Wende von 1989 an Relevanz, denn diese Souveränität wurde nun als gesichert betrachtet. Somit verlor auch der Anspruch der polnischen Seite, als gleichberechtigte Partei in dem Versöhnungsprozess anerkannt zu werden, an Relevanz. Stattdessen kam der Souveränität vorrangig die Bedeutung der Kooperation und Mitgestaltung Europas zu.

Fünftens gilt es schließlich zu fragen, was kulturelle Souveränität als analytischer Zugang für Untersuchung von Versöhnung leistet. Zunächst muss angemerkt werden, dass Versöhnung Forschungsgegenstand mehrerer Disziplinen (u.a. Theologie, Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft) ist. Diese Disziplinen nähern sich der Thematik von Versöhnung im Zusammenhang mit u.a. Erinnerung, Geschichtsaufarbeitung und Geschichtspolitik, Stereotypen und Vorurteilen, Konfliktlösung, Friedensethik, »transitional justice«; sie verfahren normativ oder konstruktivistisch. Kulturelle Souveränität stellt eine interessante Erweiterung dieser Zugänge dar, indem sie einen wichtigen Teilaspekt von Versöhnung betont: Sie hebt die historisch und kulturell bedingten Selbstbehauptungen der Akteure (v.a. der zuvor unterdrückten Seite) als einen wichtigen Faktor der Versöhnung hervor⁶². Zum einen erscheint somit die Versöhnung als ein Prozess, der gewisse Erscheinungsformen von Souveränität voraussetzt. Es wird deutlich, dass eine kulturell begriffene Souveränität, selbst beim Ausbleiben einer staatlichen oder anderweitig politisch garantierten Souveränität, eine Legitimation für Motivationen und Handlungen der Akteure liefert. So konnten die polnischen Bischöfe mit ihrer Versöhnungsinitiative von 1965 nicht nur an ihre religiösen Überzeugungen, sondern auch an die seit Jahrhunderten bestehende Bindung Polens an Europa anknüpfen. Sie zeigten sich souverän in ihrer Initiative, den Versöhnungsprozess anzustoßen. Gleichzeitig bedeutete dies einen Anspruch auf Anerkennung der Polen als ebenbürtige Partner in der Gestaltung des bilateralen Verhältnisses zu den Deutschen. Beides war in der Überzeugung der Bischöfe begründet, dass Polen – selbst als ein Staat in der sowjetischen Einflusszone – kulturell zu Europa gehöre.

62 Die Bedeutung des kulturellen Kontextes in den Versöhnungsprozessen beschreibt Eduardus A.J.G. VAN DER BORGH, *Confessional and Socio-Cultural Identities of Religious Communities and Reconciliation*, in: KZG 26 (2013), H. 1, S. 84–94. Der Zugang unterscheidet sich allerdings von dem hier präsentierten. Erstens arbeitet Van der Borgh mit dem Begriff der Identität und nicht der Selbstbehauptung. Zweitens hebt er vor allem Konflikte zwischen den nationalen und konfessionellen Identitäten hervor, wohingegen dieser Beitrag eher das Zusammenwirken von national, politisch und religiös belegten Selbstbehauptungen betont.

Zum anderen bringt der Versöhnungsprozess eine neue Erscheinungsform von Souveränität polnischer Bischöfe in Bezug auf das bilaterale deutsch-polnische Verhältnis und darüber hinaus hervor. Sowohl der Souveränitätsanspruch der Bischöfe als auch ihre in der Versöhnungsgeste vollzogene Souveränität wurden von den deutschen Bischöfen im Laufe der Zeit voll anerkannt, was den stärksten Ausdruck in den gemeinsam verfassten Dokumenten beider Episkopate zur Versöhnung fand. Somit erscheint Souveränität im Versöhnungsprozess als relational. Die deutsch-polnische Versöhnung bestätigte durch ihre allgemeuropäische Relevanz die Souveränität Polens in der Mitgestaltung der europäischen Gemeinschaft, wobei die Versöhnung nicht die einzige Form dieser Mitgestaltung darstellte. Die Selbstbehauptung der Bischöfe vollzog sich dabei als Selbstbehauptung kirchlicher Amtsträger, die aus einer religiösen Motivation heraus im politischen und gesellschaftlichen Bereich handelten. Somit erhielt ihre – kulturelle – Souveränität einen mehrfachen Bezugsrahmen: den polnischen Staat, die Gesellschaft, die zwischenstaatlichen Beziehungen, ein als Kulturraum begriffenes Europa und schließlich die Europäische Union als ein politisches Gebilde.